

Beschlussbuch Landesparteitag 10./11. Oktober 2025

cvtx

4. November 2025

Inhaltsverzeichnis

Woh Wohnen / Stadtentwicklung	1
2025/II/Woh/2 Aufruf an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD: Mietspiegel gerechter ma-chen – nur wohnwertbezogene Mietanpassungen berücksichtigen!	
<i>Annahme</i>	1
2025/II/Woh/4 Pella Sietas Gelände ersteigern! Zukunft sichern!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	2
Verk Verkehr / Mobilität	3
2025/II/Verk/1 Fachspezifische Verkehrsbehörde einführen	
<i>Erledigt durch Koalitionsvertrag</i>	3
2025/II/Verk/2 Anruf-Sammeltaxi Vier- und Marschlande optimieren	
<i>Annahme</i>	4
2025/II/Verk/3 Busversorgung in den Vier- und Marschlanden: Lücken schließen und Verzahnung verbessern	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	5
2025/II/Verk/4 Horster Damm/Altengamme: Lärmschutz zur Autobahn (A 25)	
<i>Annahme</i>	6
2025/II/Verk/7 Ausbau von Fahrrad-Reparaturstationen in Hamburg	
<i>Annahme</i>	7
2025/II/Verk/8 Mehr Kontrolle und stärkeres sanktionieren illegaler Nutzung von Gehwegen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	8
2025/II/Verk/9 Mehr Sicherheit für den zu Fußgehenden Verkehr an Bushaltestellen beim Ein- und Ausstieg	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	9
2025/II/Verk/11 Anschlussicherung auch per HVV-App	
<i>Annahme</i>	10
2025/II/Verk/12 Mehr Beleuchtung und Wartung von Gehwegen	
<i>Annahme</i>	11

2025/II/Verk/13 Offizielle Plätze an Haltestellen für Straßenmusik wie in Berlin und London endlich auch in Hamburg ermöglichen

Annahme 12

Umw Umwelt / Energie

13

2025/II/Umw/1 Mehr öffentliche Wasserspender im gesamten Hamburger Stadtgebiet

Erledigt Regierungshandeln und Koalitionsvertrag 13

2025/II/Umw/2 PV-Anlagen auf privatem Gartenland

Annahme 14

2025/II/Umw/4 Alster und Kanäle sauber, sicher, schwimmbar machen! Beitritt Hamburgs zur „Charter Swimmable Cities“

Annahme 15

2025/II/Umw/5 Unlimitierte Leistung für Balkonsolaranlagen - Bürgerenergie stärken

Annahme 16

Arb Arbeit

17

2025/II/Arb/1 Gegen jede Ausweitung der Arbeitszeit

Erledigt 17

2025/II/Arb/2 Keine Ausweitung der Arbeitszeit – Arbeitszeitschutz verteidigen!

Erledigt 18

2025/II/Arb/3 Finger weg vom Achtstundentag!

Annahme 19

2025/II/Arb/4 Prüfauftrag: Workation-Modelle für die Hamburger Verwaltung

Annahme 20

Soz Soziales

21

2025/II/Soz/2 Kostenlose Menstruationsprodukte für Hamburg!

Annahme 21

Innen Inneres

22

2025/II/Innen/5 Informationsrecht umsetzen! Mehr Transparenz zu Funkzellenabfragen in Hamburg!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	22
2025/II/Innen/7 Angstfrei durch Hamburgs Parks – Sicherheit neu denken	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	23
2025/II/Innen/10 Wir sind alle Antifaschist*innen – das sollte auch dem Verfassungsschutz klar sein	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	24
2025/II/Innen/11 You shall not pass! – Keine Palantir Software in deutscher Sicherheitsinfrastruktur	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	25

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern

26

2025/II/Wi/Steu/2 Betriebskosten senken: Grundsteuer nicht auf Mietende umlegen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	26
2025/II/Wi/Steu/3 Keine Mehrbelastung für Mieter*innen durch Grundsteuerreform	
<i>Erledigt</i>	27
2025/II/Wi/Steu/4 Forderung eines Böllerverbots zu Silvester und Förderung umweltfreundlicher Alternativen für Feuerwerke	
<i>Erledigt</i>	28
2025/II/Wi/Steu/6 Leistungsloses Einkommen fair besteuern - Erbschaftsteuer reformieren	
<i>Annahme</i>	29
2025/II/Wi/Steu/7 Führerschein für alle, nicht nur für Reiche	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	30
2025/II/Wi/Steu/10 Haustiere wegen Ferien aussetzen? Öffentliche Kampagne jetzt!	
<i>Annahme</i>	31
2025/II/Wi/Steu/12 Absenkung Bahnstromsteuer	
<i>Annahme</i>	32

2025/II/Wi/Steu/13 VERPACKUNGSREDUKTION: WENIGER (HEISSE LUFT) BEIM EINKAUF	
<i>Annahme</i>	33
2025/II/Wi/Steu/14 Verpflichtende Rundungsregel bei Barzahlungen und europaweite Abschaffung der 1-und 2-Cent-Münzen	
<i>Annahme</i>	34
2025/II/Wi/Steu/15 „Zuckersteuer“ auf stark zuckerhaltige Getränke	
<i>Annahme</i>	35
Org Organisation	36
2025/II/Org/1 Urwahl des Parteivorsitzes ermöglichen	
<i>Annahme</i>	36
2025/II/Org/2 Einsetzung eines Bürgerrates zur Wahlrechtsreform auf Bundesebene	
<i>Annahme</i>	37
2025/II/Org/5 Quo vadis, Social Media?	
<i>Annahme</i>	38
2025/II/Org/6 CSD's verteidigen, auch im Hinterland!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	39
2025/II/Org/7 Barrierefreiheit mit der SPD	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	40
2025/II/Org/8 Beitragsänderung online	
<i>Annahme</i>	41
2025/II/Org/9 Vielfaltsklausel bei Stellenausschreibungen der Landesorganisation SPD Hamburg & SPD Fraktion Hamburg und Einführung eines verpflichtenden Monitorings	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	42
2025/II/Org/10 Satzungsänderungen am Hamburger Organisationsstatut	
<i>Annahme</i>	43
2025/II/Org/11 Schutz der Demokratie - Offenlegung der Herkunft von hohen Parteispenden via Vereine	
<i>Annahme</i>	45

Ini Initiativantrag

46

Woh Wohnen / Stadtentwicklung

2025/II/Woh/2

Beschluss

Annahme

Aufruf an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD: Mietspiegel gerechter ma-chen – nur wohnwertbezogene Mietanpassungen berücksichtigen!

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Der SPD Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich beim Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz für eine Änderung der Mietspiegelverordnung einzusetzen.

Die Änderung soll darin bestehen, dass zur Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete künftig nur noch Mietverträge herangezogen werden, bei denen sich der Mietpreis aufgrund von gesetzlichen (d.h. wohnwertrelevanten) Merkmalen wie Art der Wohnung, Größe, Beschaffenheit, Ausstattung und Wohnlage bildet.

Alle Mietverträge, bei denen sich der Mietpreis auch aufgrund von sog. außergesetzlichen Merkmalen bildet, sollen bei der Mietspiegelaufstellung zukünftig unberücksichtigt bleiben. Dies sind vor allem

- befristete Mietverträge, • Mietverträge über möblierten Wohnraum, • Mietverträge mit Staffelmiete, • Indexmietverträge.

Bei solchen Sondermietverträgen ergeben sich in der Regel deutlich höhere Mietpreise als bei normalen Verträgen. Derartige Mieterhöhungen unterliegen nicht den allgemeinen Regelungen zur Mietpreisbildung (z.B. der Mietpreisbremse), können jedoch ungefiltert und preistreibend in die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete für alle normalen Mietverhältnisse einfließen. Dies verbindlich und rechtssicher abzustellen ist eine grundlegende Anforderung an Transparenz und Gerechtigkeit.

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Woh/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Pella Sietas Gelände ersteigern! Zukunft sichern!

[Tabelle online ansehen]

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Verk Verkehr / Mobilität

2025/II/Verk/1

Beschluss

Erledigt durch Koalitionsvertrag

Fachspezifische Verkehrsbehörde einführen

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Verk/2

Beschluss

Annahme

Anruf-Sammeltaxi Vier- und Marschlande optimieren

Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, die in Drs. 22/12948 geforderten Verbesserungen beim Anruf-Sammeltaxi Vier- und Marschlande auch in dieser Legislaturperiode zu forcieren.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Verk/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Busversorgung in den Vier- und Marschlanden: Lücken schließen und Verzahnung verbessern

[Tabelle online ansehen]

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Verk/4

Beschluss

Annahme

Horster Damm/Altengamme: Lärmschutz zur Autobahn (A 25)

Die Mitglieder der SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages aus Hamburg sind aufzufordern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass durch die zuständigen Stellen (u.a. Autobahn GmbH) geprüft wird, wie die Belastung durch den Lärm der A25 für die Anwohner des Horster Dammes soweit wie möglich reduziert werden kann (z.B. die Errichtung einer Lärmschutzwand oder die Verwendung von Flüsterasphalt) und entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Überweisen an

SPD Hamburg, Bürgerschaftsfraktion, Senat

2025/II/Verk/7

Beschluss

Annahme

Ausbau von Fahrrad-Reparaturstationen in Hamburg

Die Stadt Hamburg soll die Anzahl an Fahrrad-Reparaturstationen deutlich erhöhen und für eine gleichmäßige Verteilung im gesamten Stadtgebiet sorgen. Dabei sollen insbesondere an vielgenutzten Radwegen neue Stationen entstehen. Bei Radwegen, die an einer Stadtrad-Station vorbeiführen, soll die Fläche der Station dafür verwendet werden. Fahrrad-Reparaturstationen, die nicht an einer Stadtrad-Station angeschlossen sind, sollen dennoch in der Stadtrad-App angezeigt werden.

Überweisen an

SPD Hamburg

2025/II/Verk/8

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Mehr Kontrolle und stärkeres sanktionieren illegaler Nutzung von Gehwegen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Die illegale Nutzung öffentlicher Gehwege und sonstiger Fußgängerbereiche insbesondere durch Rad- und E-Rollerfahrende sowie Autofahrende bzw. deren Fahrzeuge soll konsequenter geahndet werden. Der Überwachungsdruck soll im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen erhöht werden.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2025/II/Verk/9

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Mehr Sicherheit für den zu Fußgehenden Verkehr an Bushaltestellen beim Ein- und Ausstieg

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Verkehrssicherheitskampagne „Hamburg gibt Acht“ die Verhaltenspflichten von Rad- und E-Rollerfahrenden auf parallel zum Gehweg geführten hochbordigen Radwegen während des Ein- und Ausstiegs von Busfahrgästen besonders zu thematisieren.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2025/II/Verk/11

Beschluss

Annahme

Anschluss sicherung auch per HVV-App

Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft wird aufgefordert, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, die Sicherung von fahrplanmäßig vorgesehenen Anschlüssen im HVV zwischen Buslinien bzw. von der Schnellbahn in Busse für registrierte Benutzer*innen auch per HVV-App zu ermöglichen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Verk/12

Beschluss

Annahme

Mehr Beleuchtung und Wartung von Gehwegen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an Bürgerschaftsfraktion beschließen: Eine ausreichende Beleuchtung und regelmäßige Wartung nach einem festen Wartungsplan für Gehwege zur Verhinderung von Stolperfällen ist zu gewährleisten.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2025/II/Verk/13

Beschluss

Annahme

Offizielle Plätze an Haltestellen für Straßenmusik wie in Berlin und London endlich auch in Hamburg ermöglichen

Der Landesparteitag möge beschließen, die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, so auf die zuständigen Behörden, die Hamburger Hochbahn AG und die S-Bahn Hamburg GmbH einzuwirken, dass 1. es die Beförderungsrichtlinien ermöglichen, an dafür deutlich gekennzeichneten Orten an HVV-Haltestellen mit Genehmigung zu musizieren, 2. diese Orte überprüft werden, sodass sie den Sicherheitsvorschriften entsprechen, keine Fluchtwege versperren und weiterhin genug Platz für die Fahrgäste zur Verfügung steht, 3. die Genehmigungen für Musiker*innen gegen eine geringe Gebühr ausgestellt werden, 4. die sieben Bezirksversammlungen vorab gefragt werden, entsprechende Haltestellen vorzuschlagen, die dann nach den Sicherheitskriterien geprüft werden und 5. durch eine Öffentlichkeitskampagne innerhalb der Stadt auf dieses neue Angebot für Musiker*innen aufmerksam gemacht wird.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Umw Umwelt / Energie

2025/II/Umw/1

Beschluss

Erledigt Regierungshandeln und Koalitionsvertrag

Mehr öffentliche Wasserspender im gesamten Hamburger Stadtgebiet

[Tabelle online ansehen]

Siehe Beschluss LPT (erledigt durch Koal.vertrag) 2022/I/Umw/2 https://beschlossen.spd-hamburg.de/cvtx_antrag/klimaschutz-in-hamburg-sozialvertraeglich-planbar-und-verantwortungsbewusst/

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Umw/2

Beschluss

Annahme

PV-Anlagen auf privatem Gartenland

Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates sind aufzufordern, zu prüfen, unter welchen Bedingungen PV-Anlagen auf privatem Gartenland aufgestellt und benutzt werden können und dementsprechend geeignete Maßnahmen einzuleiten. Insbesondere geht es dabei um Grundstücke in den Vier- und Marschlanden, die nicht mehr für die Landwirtschaft genutzt werden, wie z.B. am Horster Damm in Altengamme, wo Grundstücke bis zu 3500qm groß und 180m lang sind, aber nur bis zu 40m von der straßenseitigen Grundstücksgrenze entfernt zum Aufstellen von PV-Anlagen genutzt werden dürfen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Umw/4

Beschluss

Annahme

Alster und Kanäle sauber, sicher, schwimmbar machen! Beitritt Hamburgs zur „Charter Swimmable Cities“

Der Landesparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Freie und Hansestadt Hamburg der internationalen „Charter Swimmable Cities“ beitritt und sich damit zu wirksamen Maßnahmen verpflichtet, um die städtischen Gewässer in hoher ökologischer Qualität zu erhalten oder — wo erforderlich — zu sanieren, sodass diese für die Bevölkerung gefahrlos zum Schwimmen nutzbar sind.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2025/II/Umw/5

Beschluss

Annahme

Unlimitierte Leistung für Balkonsolaranlagen - Bürgerenergie stärken

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich auf den zuständigen Ebenen für die Abschaffung der 2-Kilowatt Peak-Grenze für Steckersolareräte (sogenannte „Balkonkraftwerke“) im § 8 Absatz 5a des Erneuerbaren-Energien-Gesetz und dadurch für eine unbegrenzte DC-Leistung (entsprechend der Größe und Anzahl der PV-Module). Dabei soll die einfache Anmeldung, der vereinfachte Anschluss und die Wechselrichterleistung von 800 Watt für alle Steckersolareräte beibehalten werden.

Überweisen an

Bundesparteitag

Arb Arbeit

2025/II/Arb/1

Beschluss

Erledigt

Gegen jede Ausweitung der Arbeitszeit

durch 2025/II/Arb/3

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Arb/2

Beschluss

Erledigt

Keine Ausweitung der Arbeitszeit – Arbeitszeitschutz verteidigen!

durch 2025/II/Arb/3

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Arb/3

Beschluss

Annahme

Finger weg vom Achtstundentag!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Der SPD Parteivorstand, die SPD Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgerufen sich für die Beibehaltung der täglichen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden, wie sie in §3 ArbZG vorgesehen ist, einzusetzen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Arb/4

Beschluss

Annahme

Prüfauftrag: Workation-Modelle für die Hamburger Verwaltung

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich dafür ein, dass das Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg einen Prüfauftrag erhält mit dem Ziel, die Einführung von Workation-Modellen in der Hamburger Verwaltung vorzubereiten.

Der Prüfauftrag soll insbesondere folgende Punkte umfassen: 1. Rechtliche Rahmenbedingungen für temporäres mobiles Arbeiten aus dem EU-Ausland. 2. Datenschutz, IT-Sicherheit und technische Infrastruktur bei mobiler Arbeit im EU-Ausland. 3. Arbeitszeiterfassung, Erreichbarkeit, Versicherungsschutz und arbeitsrechtliche Vorgaben. 4. Einsatzmöglichkeiten für Pilotprojekte in geeigneten Bereichen der Hamburger Verwaltung. 5. Gleichberechtigter Zugang bei der Nutzung von Workation-Angeboten. 6. Evaluation der Pilotversuche hinsichtlich Wirkung, Umsetzbarkeit und Akzeptanz.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Soz Soziales**2025/II/Soz/2****Beschluss****Annahme****Kostenlose Menstruationsprodukte für Hamburg!**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich, in Zusammenarbeit mit der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie der Behörde für Schule und Berufsbildung, dafür ein, dass ein landesweites Konzept zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen Einrichtungen entwickelt und umgesetzt wird. Dazu zählen insbesondere: – weiterführende Schulen und Berufsschulen, – Bibliotheken, Bezirksämter, Behörden, Kundenzentren, – Sportstätten und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, – sowie bei Pilotprojekten auch öffentliche Toiletten in Parks oder an U-Bahn- und S-Bahnstationen. Die Ausgabe soll über Spenderautomaten oder geeignete Ausgabestellen erfolgen. Langfristig ist eine flächendeckende Versorgung aller städtischen Liegenschaften anzustreben. Es müssen sowohl Binden, Tampons als auch Slipeinlagen angeboten werden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Innen Inneres

2025/II/Innen/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Informationsrecht umsetzen! Mehr Transparenz zu Funkzellen-abfragen in Hamburg!

[Tabelle online ansehen]

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Innen/7

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Angstfrei durch Hamburgs Parks – Sicherheit neu denken

[Tabelle online ansehen]

2. Das konsequente Mitdenken einer weiblichen Perspektive auf die Stadtplanung, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Sicherheit von FINTA-Personen und weiteren vulnerablen Gruppen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2025/II/Innen/10

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Wir sind alle Antifaschist*innen – das sollte auch dem Verfassungsschutz klar sein

[Tabelle online ansehen]

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Innen/11

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

You shall not pass! – Keine Palantir Software in deutscher Sicherheitsinfrastruktur

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion, sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und Hamburger SPD- Bundestagsabgeordneten werden dazu aufgerufen sich auf Landesebene, in Bundesrat, Innenministerkonferenz und Bundestag dafür einzusetzen, dass: 1. jedwede Software der Firma „Palantir Technologies“ kategorisch für die Nutzung in der Sicherheitsinfrastruktur der Freien und Hansestadt Hamburg, der Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Union ausgeschlossen wird.

2. Sicherheits- und Überwachungssoftware privater Unternehmen zu verwenden, die staatlich kontrolliert werden oder von Unternehmen bereitgestellt werden, die ihren Sitz in der Europäischen Union haben.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion, Senat, Bundestagsfraktion

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern

2025/II/Wi/Steu/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Betriebskosten senken: Grundsteuer nicht auf Mietende umlegen

[Tabelle online ansehen]

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Wi/Steu/3

Beschluss

Erledigt

Keine Mehrbelastung für Mieter*innen durch Grundsteuerreform

durch 2025/II/Wi/Steu/2

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Wi/Steu/4

Beschluss

Erledigt

Forderung eines Böllerverbots zu Silvester und Förderung umweltfreundlicher Alternativen für Feuerwerke

durch LPT Beschluss 2023/I/Wi/Steu/6

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Wi/Steu/6

Beschluss

Annahme

Leistungsloses Einkommen fair besteuern - Erbschaftsteuer reformieren

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge mit anschließender Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer Reform der Erbschaftssteuer: 1. alle Ausnahmen für „Begünstigtes Vermögen“ ersatzlos aus dem Erbschaftsteuergesetz (ErbStG) gestrichen werden, 2. die Möglichkeit des kompletten Erlasses der Erbschaftsteuer im Sinne des § 28a ErbStG (Verschonungsbedarfsprüfung) ebenfalls ersatzlos gestrichen wird, 3. die nominellen Steuersätze signifikant gesenkt werden, 4. die Freibeträge bei Erbschaften mindestens mit der Inflation steigen 5. und die vorhandenen Stundungsmöglichkeiten ausgeweitet werden.

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Wi/Steu/7

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Führerschein für alle, nicht nur für Reiche

[Tabelle online ansehen]

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Wi/Steu/10

Beschluss

Annahme

Haustiere wegen Ferien aussetzen? Öffentliche Kampagne jetzt!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates werden dazu aufgefordert sich für eine jährliche öffentliche Kampagne einzusetzen mit dem Ziel über das Aussetzen von Haustieren aufzuklären.

Die öffentliche Kampagne soll in Zusammenarbeit zwischen der Justizbehörde und den in Hamburg tätigen Tierschutzorganisationen erarbeitet und mindestens aber nicht nur über folgende Aspekte aufklären:

- Anzahl ausgesetzter Haustiere • Möglichkeiten Haustiere in Urlaubszeiten betreuen zu lassen
- Strafbarkeit von Haustieraussetzungen • Tierleid und durch Aussetzung bedingte Todesfälle von Haustieren • What-To-Do: Umgang mit ausgesetzten Haustieren

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Wi/Steu/12

Beschluss

Annahme

Absenkung Bahnstromsteuer

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Die Bahnstromsteuer soll auf 0 ct/kWh abgesenkt oder ganz abgeschafft werden. Die folglich positive Auswirkung auf den Ticketpreis gilt es zu überprüfen, um einen nicht notwendigen bereinigten Preisanstieg zu vermeiden.

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Wi/Steu/13

Beschluss

Annahme

VERPACKUNGSREDUKTION: WENIGER (HEISSE LUFT) BEIM EINKAUF

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Das Gesetz und jede gesetzliche Grundlage sollen dahingehend verändert werden, dass in Verpackungen für Konsumgüter (z.B. Getränke, Nahrungsmittel, Kosmetika etc.), die innerhalb der Bundesrepublik Deutschlands erworben werden können, maximal 20% Luft und/oder gasförmige Substanzen, die nicht das eigentliche Verkaufsprodukt (z.B. Stickstoff, das zur Konservierung dient) darstellen, enthalten sein dürfen. Abgesehen davon darf der Anteil an Gefäß überschreitenden Verpackungselementen nicht mehr als insgesamt 10% des Verpackungsmaterials betragen. Um dies zu gewährleisten, müssen regelmäßige Prüfungen durchgeführt werden, ohne dass Konsumenten tätig werden müssen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Wi/Steu/14

Beschluss

Annahme

Verpflichtende Rundungsregel bei Barzahlungen und europaweite Abschaffung der 1-und 2-Cent-Münzen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag weiterleiten: 1. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Deutschland bei Barzahlungen verpflichtend auf volle 5-Cent-Beträge gerundet wird. Die bislang umlaufenden 1-und 2-Cent-Münzen sollen schrittweise aus dem Zahlungsverkehr zurückgezogen und nicht mehr neu geprägt werden. 2. Die SPD wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene, insbesondere über ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament sowie über die Bundesregierung, aktiv dafür einzusetzen, dass die 1-und 2-Cent-Münzen im gesamten Euro-Währungsgebiet mittelfristig vollständig abgeschafft und deren gesetzlicher Status als Zahlungsmittel aufgehoben wird.

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Wi/Steu/15

Beschluss

Annahme

„Zuckersteuer“ auf stark zuckerhaltige Getränke

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten: 1. Die SPD setzt sich für die Einführung einer „Zuckersteuer“ auf zuckerhaltige Softdrinks nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten ein; Fruchtsäfte sowie stark milchhaltige Getränke sollen – wie in den europäischen Vorbildern – davon ausgenommen sein. 2. Die Abgabe soll gestaffelt nach Zuckergehalt erhoben werden (z. B. ab 5 g Zucker je 100 ml, höherer Satz ab 8 g Zucker je 100 ml).

Überweisen an

Bundesparteitag

Org Organisation

2025/II/Org/1

Beschluss

Annahme

Urwahl des Parteivorsitzes ermöglichen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags sowie der Bundesregierung werden aufgefordert, sich für eine Änderung des Parteiengesetzes dahingehend einzusetzen, dass eine Urwahl eines Parteivorsitzes durch die Parteimitglieder möglich wird.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

2025/II/Org/2

Beschluss

Annahme

Einsetzung eines Bürgerrates zur Wahlrechtsreform auf Bundes- ebene

Der Landesparteitag der Hamburger SPD möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Der Bundesvorstand der SPD und die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD setzen sich in den Verhandlungen mit der CDU/CSU über eine Wahlrechtsreform dafür ein, dass über diese Frage ein Bürgerrat eingerichtet bzw. dem im Koalitionsvertrag angedachten Expertengremium ergänzend zur Seite gestellt werden soll.

Überweisen an

Bundesparteitag

2025/II/Org/5

Beschluss

Annahme

Quo vadis, Social Media?

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: 1. Der Landesvorstand der SPD Hamburg möge – anknüpfend an den beschlossenen Antrag „Social Media nicht den Rechten überlassen“ (2024/I/Org/3) – Auskunft darüber geben, ob/welche zusätzlichen Mittel für den Bezirks-/Europa-Wahlkampf der Partei auf Social Media ausgegeben wurden. Über den Antrag hinaus soll gleiches auch für den Bürgerschafts-/Bundestagswahlkampf erfolgen. 2. Der Landesvorstand der SPD Hamburg wird dazu aufgefordert, eine professionelle Analyse des eigenen Social-Media-Auftritts zu erstellen oder eine solche in Auftrag zu geben. Sollte eine solche Analyse (wider Erwarten des Antragstellers) bereits existieren, sollen die zentralen Ergebnisse den Mitgliedern zugänglich gemacht werden. 3. Der Landesvorstand der SPD Hamburg soll – aufbauend auf der o.g. Analyse – darüber beraten, ob die SPD Hamburg auch jenseits des Wahlkampfs zusätzliche personelle Kapazitäten (etwa durch die Schaffung einer Social-Media-Vollzeitstelle) in diesem Bereich aufbauen möchte. 4. Der Landesvorstand der SPD Hamburg soll – aufbauend auf der o.g. Analyse – darüber beraten, ob/wie ein besseres „Zusammenspiel“ von Partei, Fraktion und Abgeordneten ermöglicht werden kann.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

2025/II/Org/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

CSD's verteidigen, auch im Hinterland!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Die SPD erkennt an, dass Christopher Street Days besonders in ländlichen Gegenden, insbesondere im Osten, nicht nur Partys, sondern offen ausgetragene Kämpfe um die Sichtbarkeit queerer Lebensrealitäten sind. CSDs im ländlichen Raum werden regelmäßig zur Zielscheibe von rechten und rechtsextremen Gruppierungen. Ohne massive Absicherung, unter anderem durch Polizeischutz, sind CSDs häufig nicht möglich.
2. Die SPD solidarisiert sich mit allen, die an der Organisation und Durchführung von CSDs insbesondere im ländlichen Raum beteiligt sind. Diese Solidarität will der Landesverband praktisch untermauern, indem etwaige Mobilisierungen zu derartigen CSDs unterstützt und im Einzelfall Reisekosten von Gruppen (begrenzt auf maximal 1.000 € p.a.) teilweise von der Hamburger SPD übernommen werden.

Überweisen an

SPD Hamburg

2025/II/Org/7

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Barrierefreiheit mit der SPD

[Tabelle online ansehen]

Überweisen an

SPD Hamburg

2025/II/Org/8

Beschluss

Annahme

Beitragsänderung online

Der Landesvorstand bzw. die Landesorganisation prüft, inwiefern eine digitale Anpassung der Mitgliedsbeiträge durch Parteimitglieder selbst umsetzbar wäre, und setzt sich ggf. beim Bundesvorstand dafür ein.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

2025/II/Org/9

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Vielfaltsklausel bei Stellenausschreibungen der Landesorganisation SPD Hamburg & SPD Fraktion Hamburg und Einführung eines verpflichtenden Monitorings

[Tabelle online ansehen]

Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Bewerber*innen aus diesen Gruppen bevorzugt berücksichtigt.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

2025/II/Org/10

Beschluss

Annahme

Satzungsänderungen am Hamburger Organisationsstatut

Einbindung von Kreis-Doppelspitzen in den Landesvorstand

Mit Blick auf die seit einigen Jahren bestehenden Doppelspitzen in Kreisen, beantragt der Landesvorstand die Neuformulierung von §17, Absatz 2, Buchstabe e) des Hamburger Organisationsstatuts. Die Neuformulierung lautet: e) den Kreisvorsitzenden. Hat ein Kreis eine Doppelspitze, stehen beide Vorsitzenden gemeinsam zur Wahl in den Landesvorstand. Werden die beiden Kreisvorsitzenden so gewählt, haben sie dennoch nur eine gemeinsame Stimme im Landesvorstand. Erscheint ein Mitglied der Doppelsitze in einer Landesvorstandssitzung, hat dieses das Stimmrecht. Sofern beide Kreisvorsitzenden in der Sitzung anwesend und uneins sind, wird deren Stimme als Enthaltung gewertet. Wenn ein*e Ko-Vorsitzende*r zusätzlich als Beisitzer*in in den Landesvorstand gewählt wird, entfällt diese Regelung.

Redaktionelle Anpassung

Der abschließende Satz des §12, Absatz 2 widerspricht den Kreissatzungen, die jeweils ein Mindestquorum von 50% festlegen. Das Quorum von 50% ist zudem insgesamt in der Partei und ihren Sitzungen üblich. Der Landesvorstand beantragt daher, den Satz „Der Kreisvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder anwesend ist.“ zu streichen.

Ermöglichung der Kandidatur von Nichtmitgliedern

Die Wahlordnung der SPD schließt die Wahl von Nichtmitgliedern innerhalb der SPD aus. Für Kommunal- und Landeswahlen können aber Ausnahmen von dieser Regel geschaffen werden. Um diese Möglichkeit den Kreisen und Distrikten der SPD Hamburg zu ermöglichen, beantragt der Landesvorstand die Einfügung eines neuen Absatzes 5 im Anhang zum Orga-Statut in Kapitel III. Bürgerschaftswahl, A. Verfahren zur Kandidierendenaufstellung (S. 31). Dieser soll lauten: 5. Für die Bürgerschaftswahl können Nichtmitglieder als Kandidatinnen der Kandidaten aufgestellt werden, sofern der Landesvorstand dieser Kandidatur eines Nichtmitglieds durch Beschluss zugestimmt hat. Der Zustimmungsbeschluss des Landesvorstands muss vor dem Termin der jeweiligen Wahlkreisversammlung oder Vertretendenversammlung erfolgen. Die folgenden Nummern 5. bis 9. addieren sich entsprechend und werden zu 6. bis 10. Zur Ermöglichung entsprechender Kandidaturen bei Bezirkswahlen wird die Änderung in Kapitel IV. Wahl

zur Bezirksversammlung, Ziffer 7. beantragt: 7. Für das Aufstellungsverfahren zu den Bezirksversammlungen gelten im Übrigen die Ziff. III. A. 3., 4. Satz 1, 5., 6., 7., 9. und 10. dieser Bestimmungen entsprechend.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

2025/II/Org/11

Beschluss

Annahme

Schutz der Demokratie - Offenlegung der Herkunft von hohen Parteispenden via Vereine

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, eine Erweiterung des §25 Parteiengesetzes um eine Offenlegungspflicht zu etablieren, welche die Herkunft von hohen Spendensummen transparent macht, die von Vereinen mit Sitz in Deutschland an Parteien gespendet werden – auch, wenn die Vereinsspenden aus dem Vereinsvermögen stammen.

Überweisen an

Bundesparteitag

Ini Initiativantrag**2025/II/Ini/1****Beschluss****Annahme****Wenn die Sirenen heulen – Hamburg braucht eine aktive Aufklärungskampagne zum Bevölkerungsschutz**

Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die SPD-Mitglieder des Senats weiterleiten:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die SPD-Mitglieder des Senats werden aufgefordert, den bestehenden Ansatz der Innenbehörde zur Information und Warnung der Bevölkerung im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz gezielt weiterzuentwickeln.

Ziel ist es, die vorhandenen Strukturen um eine verstärkte, aktiv auf die Bevölkerung zugehende und verständliche Aufklärungsstrategie zu ergänzen, damit Warnsignale, Handlungsempfehlungen und Kommunikationswege im Ernstfall von allen Hamburgerinnen und Hamburger klar erkannt, richtig eingeordnet und angemessen umgesetzt werden können.

Die Weiterentwicklung soll auf den bestehenden Informationsmaßnahmen aufbauen und insbesondere darauf hinwirken, dass

1. die Bedeutung und Funktionsweise von Warnmitteln wie Sirenen, Cell Broadcast und NINA-App noch intensiver und niedrigschwelliger verständlich gemacht wird,
2. Handlungsempfehlungen zur Vorsorge im akuten Krisenfall für jeden leicht auffindbar und verständlich sind.
3. Informationen zu Schutzeinrichtungen, Sammelpunkten und Versorgungseinrichtungen gebündelt und barrierefrei verfügbar sind,
4. die Inhalte über breit angelegte, niedrigschwellige und inklusive Kommunikationswege (z. B. Social Media, Stadtportale, Plakatflächen, U-/S-Bahn, Fahrgastfernsehen, Schulen und Quartierszentren) verbreitet werden,
5. Menschen mit Sprachbarrieren oder körperlichen Einschränkungen noch gezielter einbezogen werden,
6. In der Umsetzung alle Akteure des Krisen- und Bevölkerungsschutzes eng einbezogen werden,

7. und die Wirksamkeit der Bevölkerungsinformation regelmäßig insbesondere durch Übungen evaluiert wird, um sicherzustellen, dass jeder weiß, was im Ernstfall zu tun ist.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2025/II/Ini/2

Beschluss

Annahme

Gegen die Agenda 2.0!

Der SPD-Landesparteitag Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und an den nächsten Parteikonvent sowie die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder werden aufgefordert, sich entschieden gegen die geplanten Verschärfungen beim Bürgergeld zu stellen und entsprechende Gesetzesänderungen nicht zu unterstützen. Jegliche Regelungen, die Leistungskürzungen unter das Existenzminimum vorsehen, widersprechen sozialdemokratischen Grundwerten und den Kernanliegen der Arbeitnehmerschaft und werden von der SPD nicht mitgetragen. Insbesondere die geplante Streichung der Kosten für Unterkunft ist menschenunwürdig und muss abgelehnt werden.

Überweisen an

Bundesparteitag, Parteikonvent

2025/II/Ini/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Gute Lösung für den Elbtower und für Hamburg

- 1.) Die SPD-Senator*innen sowie die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, im Kontext der laufenden städtischen Vorklärungen und Verhandlungen zwischen der Becken-Gruppe und dem Insolvenzverwalter auch mögliche Ankaufsoptionen für den Elbtower zu prüfen.
- 2.) In mögliche Erwerbsoptionen sollen unsere Hamburger öffentlichen Unternehmen mit entsprechender Immobilienexpertise mit einbezogen werden. Mit umfassenden sachverständigen Prüfungen/Begutachtungen müssten verbleibende Risiken für Bau und Betrieb seriös eingeschätzt und bestmöglich minimiert werden, sollten sich im städtischen Interesse Ankaufsoptionen konkretisieren.
- 3.) Die abschließende Entscheidung muss der Hamburgischen Bürgerschaft vorbehalten bleiben; der Landesvorstand ist über Prüfergebnisse zu informieren und trägt für eine Kommunikation in die Partei Sorge.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft